

18. Wahlperiode

**PROTOKOLL**

der öffentlichen Sitzung

**des Kulturausschusses**

**Sitzungsdatum:** 3. November 2005  
**Sitzungsort:** Hamburg, Rathaus, Raum 186  
**Sitzungsdauer:** 17.00 Uhr bis 18.35 Uhr  
**Vorsitz:** Abg. Dr. Willfried Maier  
**Schriftführung:** Abg. Andreas Ernst  
**Sachbearbeitung:** Vanessa Eichner

---

**Tagesordnung:**

1. Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 2005  
Einzelplan 3.3 – Kulturbehörde
2. Drs. 18/2749 Neuf. Hafenumuseum im Aufbau  
- Antrag der SPD-Fraktion -
3. Verschiedenes

**Anwesende:**

- I.       **Ausschussmitglieder**  
Abg. Tanja Bestmann (i.V.) (SPD-Fraktion)  
Abg. Wilfried Buss (SPD-Fraktion)  
Abg. Wolfgang Drews (CDU-Fraktion)  
Abg. Inge Ehlers (CDU-Fraktion)  
Abg. Andreas Ernst (CDU-Fraktion)  
Abg. Luisa Fiedler (SPD-Fraktion)  
Abg. Uwe Grund (SPD-Fraktion)  
Abg. Dr. Willfried Maier (GAL-Fraktion)  
Abg. Brigitta Martens (CDU-Fraktion)  
Abg. Dietrich Rusche (CDU-Fraktion)  
Abg. Andreas C. Wankum (CDU-Fraktion)
  
- II.       **Ständige Vertreter**  
Abg. Rüdiger Kruse (CDU-Fraktion)  
Abg. Farid Müller (GAL-Fraktion)  
Abg. Stefanie Strasburger (CDU-Fraktion)
  
- III.       **Senatsvertreter**  
Herr Staatsrat Dr. Gottschalck  
Herr Wolfgang Göbelshagen, LRD  
Herr Christian Schröder, ORR  
Herr Rüdiger Jörn, Ang.  
(Kulturbehörde)
  
- IV.       **Bürgerschaftskanzlei**  
Vanessa Eichner
  
- V.        **Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**  
4 Personen

### **Zu TOP 1:**

Die Senatsvertreter bedanken sich eingangs für die Unterstützung des Kulturausschusses bei der Realisierung des Projektes Elbphilharmonie.

Sie erläutern den Bericht über den Haushaltsverlauf 2005 und führen aus, dass sich die Einführung eines Doppelhaushaltes aus Sicht der Kulturbehörde bewährt und auf allen Ebenen mehr Planungssicherheit gebracht habe. Der bisherige Haushaltsverlauf weise keine Auffälligkeiten in der Bewirtschaftung des Haushaltsplans der Kulturbehörde auf. Positiv zu bewerten sei die Nachbesetzung der Intendanten der Staatsoper und des Schauspielhauses, da sich – auch wenn die Theaterspielzeit 2005/2006 gerade erst begonnen habe und noch keine belastbare Prognose für den weiteren Verlauf der Spielzeit zulasse – bereits jetzt eine erfreuliche Entwicklung zeige und beim Neuen Schauspielhaus, dem Kinder- und Jugendtheater, einige Vorstellungen bis in den Januar hinein ausverkauft seien.

Problematisch sei allerdings der Bereich der öffentlich-rechtlichen Museumsstiftungen. Auch wenn die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen langsam zu greifen beginnen sei abzusehen, dass es bis zur vollständigen Konsolidierung noch ein langer Weg sei.

Um diesen Prozess zu beschleunigen habe der Stiftungsrat der Kunsthalle in Absprache mit der Kulturbehörde ein externes Beratungsunternehmen beauftragt ein Gutachten zur Restrukturierung der Hamburger Kunsthalle zu erstellen. Das Ergebnis der Untersuchungen sei in diesem Jahr fällig und im Anschluss werde die Übertragbarkeit der Feststellungen auf die anderen Museumsstiftungen geprüft.

Die CDU-Abgeordneten regen an, den freien Eintritt von Kindern in Museen mehr zu publizieren, da dies vielen Bürgern noch nicht bekannt sei.

Im Rahmen des Kindermuseumstages am 12. November 2005 und darüber hinaus werde man verstärkt darauf hinweisen, versichern die Senatsvertreter.

Die GAL-Abgeordneten sprechen die für 2005 geplante Absenkung der Aktivbezüge um 17,8 % an, wobei bis August 2005 nur eine Absenkung von 0,9 % realisiert worden sei und bitten dies zu erklären.

Zudem wollen sie wissen, ob das Gutachten zum Kulturwirtschaftsbericht in Auftrag gegeben worden sei und ob der ehemalige Intendant des Deutschen Schauspielhauses, Tom Stromberg, das für die Übergabe an den neuen Intendanten, Friedrich Schirmer, prognostizierte Defizit habe abbauen können.

Darüber hinaus stellten sie die Fragen, ob bei den Privattheatern Vorgriffe auf 2006 notwendig gewesen seien und wie eventuelle Reste aus 2004 verwendet worden seien und erbeten eine Übersicht der Konsolidierungsmaßnahmen bei den Hamburger Öffentlichen Bühnenhallen.

Die Senatsvertreter führen aus, dass bei der Erhebung der Zahlen in 2004 ein anderer Zeitraum als in 2005 zu Grunde gelegt worden sei.

Das Gutachten zum Kulturwirtschaftsbericht sei in Auftrag gegeben worden, wobei die Kosten unter 50.000 Euro lägen.

Herr Stromberg habe das Schauspielhaus mit einem finanziellen Überschuss übergeben, der in etwa dem Plus entspreche, das Herr Stromberg von seinem Vorgänger übernommen habe. Genaue Zahlen wollen sie zu Protokoll geben.

Bei den Privattheatern seien keine Vorgriffe auf 2006 notwendig gewesen.

Die Restentwicklung werde entscheidend abgebaut werden können und bei den Investitionen voraussichtlich bei 10 % liegen. Genaue Zahlen für das Jahr 2005 könnten erst in 2006 genannt werden.

Die Kulturbehörde gab folgende Protokollerklärungen ab:

„Die Geschäftsführung der Neue Schauspielhaus GmbH war aufgrund eines entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss beauftragt, zum Zeitpunkt des Intendantenwechsels (Spielzeit 2005/06) einen ausgeglichenen Betriebshaushalt zu erreichen. Bereits mit dem Jahresabschluss zum 31. Juli 2004 konnte ein positives Ergebnis erzielt und rd. 274 Tsd. EUR in die Freie Rücklage eingestellt werden. Der vorläufige Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004/05 geht erneut von einem positiven Ergebnis in Höhe von rd. 165 Tsd. EUR aus. Damit ist das vom Aufsichtsrat gesetzte Ziel erreicht und durch die Freie Rücklage noch erfreulich weiterentwickelt worden.“

„Zur Haushaltskonsolidierung der Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen (HÖB) hat der Stiftungsrat im Dezember 2004 ein vom Vorstand auf Basis der Empfehlungen der Expertenkommission entwickeltes Maßnahmenpaket beschlossen, das neben der Reduzierung und Zusammenlegung von Standorten auch Einnahmeerhöhungen durch Gebühren vorsieht. Inzwischen ist die Umsetzung dieser Maßnahmen überwiegend abgeschlossen.

Über die Einzelmaßnahmen und deren Umsetzung wurde der Bürgerschaft bereits mit Protokollerklärung zur Sitzung des Kulturausschusses am 18.2.2005 und die Beantwortung der Anfragen Drs. 18/1990, 18/1975, 18/2032, 18/2535 und 18/2143 berichtet.“

**Haushaltsreste im Investitionsbereich der Kulturbehörde 2004**

<b>Titel</b>	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>Reste in EUR</b>
<b>Allgemeine Verwaltung</b>		
3700.701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang luK-Maßnahmen	15.888,41
3700.812.54	Infrastruktur Modernisierung Verwaltung	4.094,32
3700.812.56	luK-Technik	20.243,01
	<b>Summen:</b>	<b>40.225,74</b>
<b>Allgemeine Kulturförderung</b>		
3720.799.50	Kunst im öffentlichen Raum	361.094,46
3720.893.01	Zuschüsse für kleine Investitionen	151.331,96
3720.893.02	Zuschuss an den Verein Jungfernstieg	4.800.000,00
	<b>Summen:</b>	<b>5.312.426,42</b>
<b>Denkmalpflege</b>		
3730.892.01	Denkmäler und Baudenkmäler Jüdische Gemeinde	328.400,82
3730.893.61	Denkmalpflegemaßnahmen	Vorgriff -140.343,22
	<b>Summen:</b>	<b>188.057,60</b>
<b>Museen</b>		
3800.710.01	Kleine Bauten	421.464,71
3800.710.04	KZ-Gedenkstätte Neuengamme	436.863,30
3800.812.56	Zuschüsse Museumsstiftungen luK-Einsatz	0,59
3800.891.01	Zuschüsse Museumsstiftungen Sammlungen	Vorgriff -1.000.000,00
3800.893.02	Zuschüsse Bauinvestitionen	Vorgriff -520.895,00
	<b>Summen:</b>	<b>-662.566,40</b>
<b>Theater und Musik</b>		
3920.710.01	Kleine Bauten	12.793,02
3920.891.03	Zuschüsse an Theater / Orchester f. Beschaffungen	11.722,73
3920.893.01	Zuschüsse für Bauinvestitionen	179.221,30
3920.893.02	Neubau Betriebsgeb. Staatsoper	Vorgriff -4.261.277,55
3920.893.03	Grundsanierung Thalia Theater	54.179,23
	<b>Summen:</b>	<b>-4.003.361,27</b>
<b>Haushaltsreste Investitionen insgesamt</b>		<b>874.782,09</b>

Laut Vorwort zum Haushaltsplan der Kulturbehörde für die Jahre 2005 und 2006 betragen die Investitionsrestevolumen:

2002 = 13.577.000,00 EURO = 38,70% vom Soll  
 2003= 6.226.000,00 EURO = 15,10% vom Soll

Auswertung für das Resteverfahren 2004:

2004= 874.782,09 EURO = 1,76% vom Soll

**Prognose für 2005:**

Mit Stichtag 31.10.2005 sind bereits rd. 61 % des Investitionsvolumens zur Auszahlung gelangt.

Die Kulturbehörde rechnet zum Jahresende mit einem Resteanteil von 10 % - 20 %

Die SPD-Abgeordneten erkundigen sich nach der Standortentwicklung bei der HÖB, insbesondere nach den Zusammenlegungen und Schließungen, nach der Fehlbetragsentwicklung sowie nach der Akzeptanz der neuen Gebührenordnung und ob diese Auswirkungen auf die Nutzerstruktur habe. Sie fragen nach der Besucherzahl bei den Kammerspielen, dem Sachstand bei der Theater-Projektförderung sowie nach der Kürzung von Zuschüssen bei der Fabrik und deren Umwandlung in eine Stiftung. Zudem bitten sie den Mittelabfluss bei der Kunst im öffentlichen Raum darzulegen, um etwaigen weiteren Absenkungen bei dem Titel vorbeugen zu können und stellen die Frage, ob die Finanzierung der Zufahrt zum Planetarium i.H.v. 400.000 Euro gesichert sei.

Bei der Fabrik seien die Zuschüsse 2005 nicht gekürzt worden, erklären die Senatsvertreter. Am 4. November finde hinsichtlich der Bildung einer Stiftung ein Gespräch zwischen der Kulturbehörde und Vertretern der Stiftung statt. Ob die Stiftung zum 1. Januar 2006 gegründet werden könne sei fraglich, da von Seiten der Fabrik noch Details geklärt werden müssten. Aus Sicht der Kulturbehörde stehe einer Stiftungsgründung nichts im Wege. Die Finanzierung der Zufahrt zum Planetarium sei gesichert. Alle übrigen Fragen wollen sie zu Protokoll beantworten.

Die Kulturbehörde gab folgende Protokollerklärungen ab:

„1. Standortmaßnahmen

Nach Schließung die Standorte Stellingen, Dulsberg, St. Pauli, Blankenese und Lurup im Februar 2005 wurden die Kapazitäten der nächstgelegenen Bücherhallen u. a. in Osdorf, Iserbrook, Holstenstraße, Lokstedt erweitert. In den von den Standortmaßnahmen betroffenen Stadtteilen wurden von der Kulturbehörde und der HÖB umfangreiche Gespräche über die Möglichkeit der Durchführung weiterer Leseförderungsmaßnahmen geführt. Die Gespräche mit örtlichen Initiativen und Institutionen in Lurup und Dulsberg sind noch nicht abgeschlossen.

In St. Pauli wird das mit finanzieller Unterstützung des Bezirksamtes und der Kulturbehörde von der GWA-St. Pauli betriebene Lesecafe Kölibri gut angenommen.

Die Bücherhallen Sasel und Poppenbüttel werden wie geplant 2007 in neue Räume am AEZ umziehen, der Mietvertrag wurde mit einer Laufzeit von 10 Jahren geschlossen. Durch die Verlängerung des Mietvertrages für den alten Standort Poppenbüttel kann ein lückenloser Übergang gewährleistet werden.

Die Öffnungszeiten in den mittleren und größeren Stadtteilbibliotheken wurden zum 2. Juli 2005 erweitert, wodurch diese Standorte an Sonnabenden 3-4 Stunden geöffnet sind.

Die Öffnungszeiten der Zentralbibliothek konnten um 20 % erweitert werden, so dass diese nun an 5 Tagen bis 19.00 Uhr und am Sonnabend bis 16.00 Uhr geöffnet ist.“

„Zur Erhöhung der Eigeneinnahmen wurden in einem ersten Schritt mit Wirkung zum 1.3.2005 die Versäumnisgebühren erhöht und die Ausleihobergrenzen und Verlängerungsfristen reduziert.

Als zweiter Schritt wurde von der HÖB ein neues Gebührenmodell entwickelt, das am 30.9.2005 in Kraft getreten ist. Ziel des neuen Modells ist es einerseits, die Einnahmen aus Gebühren zu erhöhen und andererseits, den Verwaltungsaufwand für die Gebührenerhebung maßgeblich zu reduzieren, was auch im Hinblick auf die für 2006 geplante Einführung von Selbstverbuchungsfunktionen erforderlich ist.

Das neue Gebührenmodell unterscheidet zwischen einer Standardkarte und einer Premiumkarte, die auch zur Ausleihe von DVDs und Videos berechtigt. Das Gebührenniveau wurde insgesamt leicht erhöht, die Erhöhung kann aber durch Nutzung des neuen Abonnementverfahrens und die Erteilung einer Einzugsermächtigung für Servicegebühren reduziert werden. Mit dem neuen Modell wurden außerdem die Gebührentatbestände erheblich vereinfacht.

Die Einführung des neuen Gebührenmodells wurde von der HÖB durch akzeptanzfördernde Marketingmaßnahmen begleitet.

Ein Erfahrungsbericht über die Akzeptanz dieser Maßnahme kann 6 Wochen nach Systemumstellung noch nicht vorgelegt werden.“

„Die Besucherzahlen bei den Kammerspielen der letzten drei Spielzeiten betragen 2002/2003 (alte Intendanz Waller: 104.000, 2003/2004 (neue Intendanz Schneider): 45.000, 2004/2005: 65.000.“

„Die Fabrik hat in den Jahren 2004 und 2005 ausschließlich Zuschüsse von jeweils 638.000 EUR im Wege der institutionellen Förderung erhalten.“

„Die Mittelvergabe für Projekte erfolgt durch Entscheidung der Kulturbehörde aufgrund von Empfehlungen der Kunstkommission. Im laufenden Haushaltsjahr werden folgende Projekte gefördert:

- Galerie für Landschaftskunst, "Stadtfluss Wandse"	8.500 EUR
- Bernd Stöcker, Skulpturenausstellung Wandsbeker Marktplatz	3.493 EUR
- Tjorg Beer, Projekt „Statt Landschaften“	29.725 EUR
- Markus Lohmann, Projekt „Überläufer“	11.996 EUR
- Günter Westphal, Projekt „Rosen in die Münzstrasse, Sonnenblumen in die Westerstrasse und eine Gärtnerei in die Jugendwerkstatt Rosenallee 11“	15.000 EUR
- KulturForum Nord, Projekt „Torontobrücke“ /City Nord	5.000 EUR
- Quartiersbüro Dehnhaiide, Skulpturenprojekt/Wettbewerb	12.000 EUR
- Aktualisierung des Internetauftritts Kunst im öffentlichen Raum	15.000 EUR
- Christoph Schäfer, „Park Fiction Archiv“	50.330 EUR
- Wettbewerb Große Bergstraße in Altona	60.000 EUR
- Wettbewerb Rahlstedter Höhe	15.000 EUR
- Video- und Fotoprojekt HafenCity	19.375 EUR
- Prof. Fleckner, Publikation "Kunst im öffentlichen Raum in Hamburg"	30.000 EUR
- Birgit Dunkel: Projekt, „Memory effekt“	3.900 EUR
- Bezirksamt Eimsbüttel, „Künstlerischer Wettbewerb zur Aufwertung des U-Bahnhofs Hagenbecks Tierpark und Umfeld“	12.500 EUR
- 88, Verein für Kunst und Kultur, „Invasionen - Prothetisierung und Lauschangriff auf den Körper“	32.029 EUR
- Beschilderung von Kunstwerken im öffentlichen Raum (Start des Projekts „Hinweistafeln“ u. Dokumentation)	20.000 EUR
- Wettbewerb „10° Kunst: Wege in die HafenCity“	165.000 EUR
- Sonstiges (Pflege, Instandhaltung, Restaurierungen, Unterhalt)	<u>61.452 EUR</u>

Gesamt 2005: 570.300 EUR  
Vergleichszahl 2004: 489.325 EUR“

Die SPD-Abgeordneten kritisieren, dass der von der Kulturbehörde gelieferte Bericht über den Haushaltsverlauf 2005 nicht sehr aussagekräftig sei, in diesem auf keine der strittigen Themen bewertend eingegangen worden sei und dass in der Sitzung gestellte Fragen nur zu Protokoll beantwortet werden könnten. Sie fragen nach, ob der Mietvertrag der Bücherhalle in Blankenese gekündigt worden sei, was mit den Standorten in Iserbrook und Rissen geplant sei und wie die Standortsuche in Lurup und Osdorf verlaufen sei. Sie wollen wissen, ob es bei der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Mehrbedarf gegeben habe, ob das Ballett-Museum von John Neumeier realisiert werde und wie weit die Theater mit der Einführung des Ticketings seien.

Die Senatsvertreter vertreten die Auffassung, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf der Regel entspreche und dass die Abgeordneten für sie wichtige Themenbereiche bei der Kulturbehörde hätten anmelden können, zu denen die Kulturbehörde dann näher Auskunft gegeben hätte. Im Bezug auf das Ballett-Museum würden derzeit intensive Gespräche geführt, deren Inhalte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht dargelegt werden könnten. Die Ausschreibung zum Ticketing sei erfolgt und die Entscheidung für einen Anbieter gefallen. Im Deutschen Schauspielhaus und dem Thalia-Theater sei das Ticketing mit den üblichen anfänglichen Software-Problemen eingeführt worden, die Staatsoper folge in 2006. Alles Übrige werde zu Protokoll beantwortet.

Die Kulturbehörde gab folgende Protokollerklärung ab:

„Die Kulturbehörde sucht nach wie vor gemeinsam mit Herrn Prof. Neumeier eine Möglichkeit, die bedeutende Privatsammlung für Hamburg zu erhalten. Der bisher verfolgte Ansatz, der mit dem Erwerb einer Immobilie verknüpft war, hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Derzeit werden alternative Lösungen geprüft.“

Der Ausschussvorsitzende macht den Vorschlag, in Zukunft die bei der Beratung des Haushaltsplans angesprochenen Themen in dem sich darauf beziehenden Bericht über den Haushaltsverlauf aufzugreifen und zu erläutern.

Die GAL-Abgeordneten bemängeln, dass nicht ausreichend Behördenvertreter anwesend seien, um die Fragen der Abgeordneten zufrieden stellend zu beantworten, weshalb dieses Thema vertagt und nochmals beraten werden sollte. Bei strittigen Themen müsse der Senat von sich aus einen Sachstand liefern, damit der Ausschuss diesen bewerten könne. Für die Kunstkommission und die Theater-Projektförderung erbitten sie eine detaillierte Aufstellung.

Die Kulturbehörde gab folgende Protokollerklärung ab:

„Aufgrund von Jury-Entscheidungen sind Privattheater bis zum Jahre 2004 (einschließlich) aus dem Titel 3920.686.06 „Zuschüsse an Privattheater“ – ab 2005 aus dem neuen Titel 3920.686.07 „Theaterprojektförderung“ - mit folgenden Mitteln gefördert worden:

Spielzeit 2004/2005:

- St. Pauli Theater, "Der Lord von Barmbek"	25.000 EUR
- Fundus Theater, "Nicht mehr / noch nicht"	19.100 EUR
- Imperial Theater, "Voll auf der Rolle"	17.827 EUR
- Allee Theater, "Undine"	25.000 EUR
- Lichthof, "Minigolf"	12.573 EUR
- Ernst Deutsch Theater, "Der Pakt mit dem Teufel"	15.500 EUR
- Komödie Extra, "O Vater, armer Vater"	15.000 EUR



Spielzeit 2005/2006:

- Allee Theater (Kammeroper), „Der Barbier von Sevilla“	25.000 EUR
- Altonaer Theater, „Herr Kolpert“	10.000 EUR
- Altonaer Theater, „Shrink“	10.000 EUR
- Ernst Deutsch Theater, „Das Zuckersyndrom“	12.500 EUR
- Fundus Theater, „Neue Indizien“	12.200 EUR
- Hamburger Sprechwerk, „Außer Atem“	20.000 EUR
- Jugendtheater Hamburg, „Nellie Goodbye“	10.000 EUR
- Kampnagel, „Don Giovanni“	50.000 EUR
- Kampnagel, „Macarana“	50.000 EUR”

Die CDU-Abgeordneten sind der Meinung, dass im Bericht über den Haushaltsverlauf zwingend nur gravierende Abweichungen vom Haushaltsplan erläutert werden müssen. Viele Fragen der Opposition hätten sich nicht auf den Haushaltsverlauf 2005 bezogen, sondern das Thema Haushalt nur gestreift. Sie räumen ein, dass die *wesentlichen* Geschäftsverläufe umfassender hätten dargestellt werden müssen und schlagen vor, wichtige Themen wie das Ballett-Museum als eigenständiger Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die GAL-Abgeordneten sprechen die im Planetarium gestiegenen Besucherzahlen an und wollen wissen, warum die Zuschüsse trotz erhöhter Einnahmen gleich geblieben seien.

Mit dem vom Planetarium im Jahre 2004 erzielten Überschuss i.H.v. 500.000 Euro seien Vorfinanzierungen – beispielsweise des Projektors und weiterer Medientechniken – rückerstattet worden, was vorab so vereinbart worden sei, berichten die Senatsvertreter. Auch der vermutlich etwas geringer ausfallende Überschuss im Jahre 2005 werde für derartige Maßnahmen verwendet. Hinzuweisen sei auf die Deckungsfähigkeit i.H.v. 90 % im Jahre 2004, was eine enorm Hohe Zahl sei.

Die SPD-Abgeordneten weisen darauf hin, dass bei der Beratung des Berichtes über den Haushaltsverlauf 2004 eine saldierte Übersicht der Restbildung aus 2003 zu Protokoll gegeben worden sei und erbitten dieses auch für das Jahr 2004. Darüber hinaus erkundigen sie sich nach Einsparungen bei der Staatsoper nach dem Umbau des Betriebsgebäudes.

Die Senatsvertreter beziffern die vorläufige Einsparung bei der Staatsoper auf etwas über 200.000 Euro. Die saldierte Übersicht der Restbildung aus 2004 wollen sie zu Protokoll geben.

Der Ausschuss vertagt die Beratungen des Berichtes bis zur nächsten Sitzung, um die Protokollerklärungen in die Beratung einfließen lassen zu können.

## **Zu TOP 2:**

Die SPD-Abgeordneten wollen wissen, welchen Stellenwert das Hafenumuseum im Hinblick auf den Erhalt des maritimen Erbes und als Kulturbaustein haben soll.

Die Senatsvertreter bemessen dem Hafenumuseum eine besondere Rolle zu, weshalb die wasserseitige Anbindung des Museums und die der Ballinstadt vorangetrieben und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch realisiert werden könne.

Sie halten die Einbindung des Hafenumuseums in ein Gesamtkonzept aller Hamburgere Museen für sinnvoller als das in dem Antrag der SPD-Fraktion geforderte Einzelkonzept für das Hafenumuseum. Das Gesamtkonzept aller Hamburgere Museen werde von einer ehrenamtlich arbeitenden externen Expertenkommission erarbeitet. Mitglieder seien Dr. Hartwig Lüdtke (Museumsstiftung Post und Telekommunikation in Bonn), Prof. Dr. Reinhold Baumstark

(Generaldirektor - Bayerische Staatsgemäldesammlungen in München), Prof. Dr. Friedrich Looock (Direktor - Institut für Kultur- und Medienmanagement, Hochschule für Musik und Theater Hamburg) und Dr. Steven Engelsman (Direktor - Rijksmuseum Volkenkunde in Leiden, Niederlande). Die Mitglieder würden sich im Januar 2006 erstmalig treffen, um die weitere Vorgehensweise abzusprechen. Im Herbst 2006 erwarte man einen Bericht, der auch der Bürgerschaft vorgelegt werden könnte.

Die SPD-Abgeordneten meinen sich zu erinnern, dass Herr Kayser von der Stiftung Hamburg Maritim und Herr Wolf von der Handelskammer Hamburg im Rahmen der Anhörung betont hätten, dass gerade ein Einzelgutachten notwendig sei, um die Besonderheiten des Museums herauszustellen und zu einem Eventmuseum fortzuentwickeln. Die Mittel für ein solches Gutachten müssten vorhanden sein. Darüber hinaus müsse das Hafenumuseum selbstverständlich auch in das Gesamtkonzept eingebunden werden.

Die Senatsvertreter machen den Vorschlag, dass die Expertenkommission die Entwicklung des Hafenumuseums als einen wichtigen Baustein in die museale Gesamtplanung einbezieht. Wie viel Mittel in dem Gutachten-Titel vorhanden seien wollen sie zu Protokoll geben.

### Die Kulturbehörde gab folgende Protokollerklärung ab:

„Die Kulturbehörde vergibt Gutachten überwiegend im Bereich des Denkmalschutzamtes. Entsprechende jährliche Mittel sind beim Titel 3730.526.61 mit z. Z. 94.000 EUR veranschlagt, wobei die Kosten für Einzelgutachten in der Regel unter 50.000 Tsd. EUR liegen. Im laufenden Haushaltsjahr sind per 15.11. insgesamt rd. 87.000 EUR für diese Zwecke bereit-gestellt worden.

In wenigen Ausnahmefällen werden Gutachten auch in anderen Fachbereichen benötigt. Die Finanzierung erfolgt aus den verfügbaren Mitteln der jeweiligen Fachtitel.“

Die CDU-Abgeordneten signalisieren grundsätzlich ihre inhaltliche Zustimmung zu dem Antrag, sind jedoch ebenfalls der Meinung abzuwarten, ob die Expertenkommission das Thema zufrieden stellend aufgreifen könne. Nur weil noch Mittel vorhanden seien, müsse kein Gutachten erstellt werden.

Die Befahrbarkeit der Kanäle sei besonders wichtig, äußern die GAL-Abgeordneten. Die sofortige Erstellung eines Gutachtens halten sie für nicht erforderlich, da zuerst abgefragt werden sollte, ob die Expertenkommission die Thematik Hafenumuseum zufrieden stellend in das Gesamtkonzept einbeziehen könne. Sie machen deutlich, dass hier nicht die Frage gestellt werden müsse, ob ein Eventmuseum sinnvoll sei, sondern wie ein solches

auszusehen habe und vermuten, dass ein detailliertes Konzept nicht von der Expertenkommission erstellt werden könne.

Auch die SPD-Abgeordneten bezweifeln, dass die Expertenkommission zu dem Gesamtkonzept noch eine Konzeption zum Ausbau des Hafenumuseums erstellen könne.

Die Senatsvertreter betonen nochmals wie wichtig es sei, dass alle Museen in einem Gesamtzusammenhang betrachtet würden. Innerhalb dieses Gesamtkonzeptes würde die Besonderheit jedes Museums herausgestellt, aber zusätzlich von einem Gesamtkonzept umrahmt werden. Ein von einem Gutachter erstelltes Einzelkonzept erbringe erfahrungsgemäß nicht den gewünschten Erfolg, Sie versichern, dass sowohl das Museum für Arbeit als auch die Stiftung Maritim in die konzeptionelle Entwicklung einbezogen werde.

Die CDU-Abgeordneten bitten mit dem Museum der Arbeit und der Stiftung Hamburg Maritim zu klären, für welche Art von Konzept sie die Unterstützung der Stadt bräuchten und schlagen vor, Architekturstudenten Vorschläge zur Gestaltung der Museumsfläche erstellen zu lassen, um Ideen einzuholen.

Die SPD-Abgeordneten äußern den Wunsch, dass die Kultursenatorin die Schulsenatorin bitten möge, die Lehrer der vierten Klassen darauf aufmerksam zu machen, dass es im Rahmen der im Lehrplan stehenden Thematik „Hafen“ sehr interessant und lehrreich sei, das Hafenumuseum zu besuchen.

Der Ausschussvorsitzende macht den Vorschlag, dass abgewartet werden sollte, ob die Expertenkommission der Auffassung sei, das spezielle Konzept für das Hafenumuseum in das Gesamtkonzept für die Museen einbeziehen zu können. Priorität habe hierbei die Barkassendurchfahrt. Da die Expertenkommission im Januar 2006 erstmalig tagte, sollte die Beratung der Drucksache bis dahin vertagt werden.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

### **Zu TOP 3:**

#### Sitzung am 1. Dezember 2005

Der Ausschussvorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die gemeinsame Anhörung des Kultur- und Schulausschusses zum Thema „Landesmusikrat, Landesmusikakademie, Klingendes Museum Hamburg, Musikunterricht in den Schulen“ in der regulären Sitzung des Kulturausschusses am 1. Dezember 2005 stattfinden soll.

Der Ausschuss benennt folgende Auskunftspersonen:

Wolfhagen Sobirey	Präsident Landesmusikrat Hamburg
	Direktor Staatliche Jugendmusikschule Hamburg
Winfried Stegmann	Akademieleitung Landesmusikakademie
Bettina Fellingner	Geschäftsführerin Klingendes Museum Hamburg
Uve Urban	Vorsitzender Verband deutscher Schulmusiker Hamburg

Beratung der Drucksache 18/3054 betr. HafenCity, Ergebnis des Investorenauswahlverfahrens für das Überseequartier und Verkauf der Grundstücke

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass bei dieser Drucksache vermutlich der Haushaltsausschuss federführend und der Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss mitberatend sein werden. Wenn die Bürgerschaft die Vorlage – wie vom Senat gewünscht – am 7. Dezember 2005 beschließen soll, müsse der Haushaltsausschuss am 22. November 2005 erreicht werden. Vorher müssten Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss ihre Empfehlungen aussprechen. Er schlägt vor, zu den Teilbereichen Science-Center und Planetarium eine Anhörung von Auskunftspersonen gemäß § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft durchzuführen, in der die Investoren und Projektträger befragt werden können.

Die SPD-Abgeordneten halten es für wichtig, sich mit dem die Kultur betreffenden Teil der Drucksache intensiv auseinanderzusetzen und befürworten eine Anhörung.

Die CDU-Abgeordneten schlagen auf Grund des Termindrucks eine gemeinsame Anhörung mit dem Stadtentwicklungsausschuss vor, falls dieser ebenfalls eine Anhörung plane.

Die GAL-Abgeordneten möchten wissen, warum die Drucksache noch in diesem Jahr beschlossen werden müsse, was die Senatsvertreter mit Planungen der Investoren begründen.

Der Senat habe zuerst mit dem Parlament zu planen, kritisiert der Ausschussvorsitzende. Er schlägt als möglichen Termin für die Anhörung den 17. November 2005 vor, was die Zustimmung des Ausschusses findet. Die Bürgerschaftskanzlei wird gebeten zu klären, ob der Stadtentwicklungsausschuss ebenfalls eine Anhörung plane und ob diese gemeinsam mit dem Kulturausschuss am 17. November 2005 stattfinden könne. Falls von Seiten des Stadtentwicklungsausschusses keine Anhörung geplant sei werde der Kulturausschuss die Anhörung alleine durchführen. Im Namen des Ausschusses bittet der Ausschussvorsitzende den Senat den Fraktionen Auskunftspersonen vorzuschlagen. Denkbar wären beispielsweise Planer und Investoren dieses Projektes.

Die Senatsvertreter wollen den Fraktionen Vorschläge unterbreiten und nennen vorab bereits Herrn Kraupe vom Planetarium Hamburg.

"Weihnachtsfeier"

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, am 14. Dezember 2005 in der Gastronomie einer kulturellen Einrichtung zu einem Umtrunk zusammenzukommen. Ort und Uhrzeit würden noch bekannt gegeben.

gez. Dr. Willfried Maier  
(Vorsitzender)

gez. Andreas Ernst  
(Schriftführer)

gez. Vanessa Eichner  
(Sachbearbeitung)